

Kontakt

Dr. Andrea Löther
c/o CEWS
Dreizehnmorgenweg 40-42
53175 Bonn

Telefon: + 49 0228 2281-522

andrea.loether@gesis.org

Bonn / Berlin den 26.08.2009

Pressemeldung zu den Wahlprüfsteinen der BuKoF

Parteien wollen das „Kaskadenmodell“ verwirklichen, Bewertungs- und Auswahlverfahren geschlechtergerecht gestalten und mehr internationale Mobilität

Um den Anteil von Frauen in Professuren und leitenden Positionen in der Wissenschaft rasch zu erhöhen, wollen die CDU, die SPD, die FDP, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Die Linke das „Kaskadenmodell“ verwirklichen. Dies bedeutet, dass jeweils der Anteil an Frauen in den jeweiligen Positionen erreicht werden muss, der auf der nächst niedrigeren / darunter liegenden? Stufe in der akademischen Karriere erreicht ist. Dabei will die FDP dies ausdrücklich nicht als Quotierung verstanden wissen, die CDU lehnt Quoten ebenfalls ab.

Dies ergibt sich aus den Antworten auf die 15 Wahlprüfsteine, die die Bundeskonferenz der Frauenbeauftragten und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen (BuKoF) den im Bundestag mit Fraktionsstatus vertretenen Parteien vorgelegt hatte. Die angeschriebenen Parteien haben z. T. sehr ausführlich geantwortet und sich damit im Hinblick auf ihre Vorhaben und Absichten zur Förderung der Gleichstellung in der Wissenschaft vergleichbar gemacht.

Alle angeschriebenen Parteien wollen sich auch dafür einsetzen, dass Bewertungs- und Begutachtungsverfahren für Karriereschritte in der Wissenschaft, Publikationen oder Forschungsanträge so gestaltet werden, dass Wissenschaftlerinnen tatsächlich die gleichen Chancen haben wie Wissenschaftler. Hierzu sollen formalisierte Verfahren und transparente Kriterien dienen, die paritätische Besetzung der gutachtenden Kommissionen und Gremien, aber auch Verfahren, bei denen Namen und Geschlecht der sich Bewerbenden und der Gutachtenden unbekannt bleiben (double blind review).

Pressemeldung zu den Wahlprüfsteinen der BuKoF

Ebenfalls sehen alle Parteien die Notwendigkeit, den internationalen Austausch von Studierenden und Wissenschaftler/innen erheblich zu verstärken. Doch hier scheiden sich die Geister an dem „Wie“. Die SPD will ein günstigeres Einwanderungsrecht, DIE LINKE gelockerte Aufenthaltsbestimmungen, die GRÜNEN legen ein deutliches Gewicht auf eine international gewährleistete soziale Sicherung und eine Verbesserung der Studienfinanzierung, die CDU erwähnt den „Nationalen Aktionsplan für die soziale Dimension“ beim Bologna-Prozess.

SPD, Bündnis90/die GRÜNEN und DIE LINKE machen konkrete Angaben, bis zu welchem Jahr welcher Frauenanteil in Professuren erreicht werden soll, und diese Parteien favorisieren auch Negativ-Sanktionen bei der Nichterreichung von Zielvorgaben oder Zielvereinbarungen. Bündnis90/die GRÜNEN und DIE LINKE meinen, dass der Bund auch nach der Föderalismusreform eine konkrete gesetzgeberische Verantwortung für den Fortschritt bei der Gleichstellung in der Wissenschaft behalten soll. Alle Parteien aber wollen die Neuaufnahme oder Weiterführung von Bund-Länderprogrammen wie das Professorinnenprogramm oder Gleichstellungsregelungen bei der Exzellenzinitiative und im Hochschulpakt 2020.

Zur Frage der Unterstützung studierender Eltern und Wissenschaftler/innen nehmen die Parteien ebenfalls sehr unterschiedlich Stellung. Bündnis90/die GRÜNEN und DIE LINKE sehen eine Reform des BAföG als notwendig an, die SPD will speziell für Hochschulen ein Investitionsprogramm für Kindertagesstätten und Krippen einrichten. CDU und FDP verweisen auf die Zuständigkeit der Länder und Gemeinden.

Das Professorinnen-Programm erfreut sich bei den Parteien großer Beliebtheit, wenn man sich danach richtet, wie oft es von allen genannt wird. Allerdings wird seine Wirksamkeit von zwei Parteien deutlich überschätzt: Die CDU hält es für eine geeignete Maßnahme, den Anteil von Frauen in Professuren rasch zu steigern (tatsächlich kann jede teilnehmende Hochschule jedoch nur maximal 3 Professuren daraus fördern lassen). Für die FDP ist das Professorinnenprogramm der Anreiz schlechthin, mehr Männer zu motivieren, Verantwortung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Wissenschaftsbetrieb zu übernehmen.

(Die Wahlprüfsteine der BuKoF mit den Antworten finden sich unter www.bukof.de – aktuelle Stellungnahmen und Publikationen)